

# Gesetz Zwangsheirat ist künftig ein eigenständiger Straftatbestand

Anlage 2

Zwei (tag). Mit der schwarzen Mehrheit im Bundestag ist am 17. März das Gesetz zur Bekämpfung von Zwangsheirat verabschiedet worden. Für erzwungene Ehen gibt es künftig einen eigenständigen Straftatbestand. Werden Frauen und Mädchen zu einer Heirat genötigt, drohen den Tätern bis zu fünf Jahren Haft.

## Einfacheres Rückkehrrecht für die Opfer

Neben dem neuen Straftatbestand gibt es nun ein eigenständiges Wiederkehrrecht für ausländische Opfer von Zwangsverheiratungen. Außerdem wird die Mindestdauer der Ehe von bislang zwei Jahren auf drei erhöht, um den Anreiz zur Scheinheirat zu erschweren. Erst dann soll ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für die ausländischen Partnerinnen begründet werden. Aus Sicht der Bundesre-

gierung „gewinnen auch die Behörden mehr Zeit zur Feststellung einer Scheinheirat“. Bisher bestehende Härtefallregelungen bleiben jedoch bestehen.

## Kontroverse über Scheinehen

In der Bundestagsdebatte zum neuen Gesetz löste die Erhöhung der Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahre große Kontroversen aus. Die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Aydan Özoğuz, bezeichnete die Regelung als „verheerend.“ Das Argument der Regierung, damit Scheinehen besser aufzudecken, sei hahlos und überhaupt nicht belegt. Ebenso laute der Verweis auf die geltende Härtefallregel in der Regel ins Leere, weil die Opfer von Zwangsheiraten oftmals nicht in der Lage seien, ihre Zwangslage zu beweisen.

Fortsetzung auf Seite 73

## Fortsetzung von Seite 2

Aus Sicht der Linken betreibt die Regierungskoalition „reine Symbolpolitik“. Die Ehebestandszeit heraufzusetzen, verlängere das Leid der Frauen. Denn diejenigen, welche in Zwangsheiraten leben und Gewalt erfahren, müssten dadurch „noch länger in ehelicher Abhängigkeit verbleiben und haben nicht die Möglichkeit, sich von ihren Ehemännern zu trennen“.

## Grüne: Gravierende Verschlechterung für die Opfer

Die Verlängerung der Mindestehebestandszeit führt nach den Worten des Grünen-Abgeordneten Josef Winkler zu einer gravierenden Verschlechterung der Situation der Opfer. „Schon heute bleiben viele misshandelte Migranten aus Angst vor einer Abschiebung in einer ungewollten oder gar gewalttätigen Ehe“, gab Winkler zu bedenken.

## Terre des Femmes: Mehr Beratung

In einer ersten Reaktion auf das beschlossene Gesetz teilte die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes mit, den Betroffenen von Zwangsheirat würden nun erste rechtliche Hürden aus dem Weg geräumt. Den neuen Straftatbestand wertete die Organisation als

keineswegs, warnte die Geschäftsführerin von Terre des Femmes, Christa Stoffe. Sie appellierte an die Bundesregierung, „jetzt Beratungs-, Betreuungs- und Schutzangebote zu verbessern, wie es im Koalitionsvertrag versprochen wurde“. Die im Gesetz enthaltene Erhöhung der Ehebestandszeit lehnt ihre Organisation ab. Zusammen mit mehr als 50 Frauenorganisationen und Expertinnen hatte sie bereits im Januar mit einem Appell dagegen protestiert.

## Kein belastbares Zahlenmaterial vorhanden

Das Thema „Scheinheirat“ griff die Rechtsexpertin von Terre des Femmes, Regina Kalthagen, in ihrer Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bekämpfung der Zwangsheirat“ im Bundestagsinnenausschuss am 14. März auf. Die Behauptung der Bundesregierung – es gäbe viele Scheinehen und deren weitere Zunahme könne mit der geplanten

Verschärfung verhindert werden – setzt Kalthagen zufolge „belastbares Zahlenmaterial“ voraus. Dass diese Zahlenbasis nicht vorhanden ist, verdeutlichte sie anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik: Im Jahr 2009 sei gegen 1.688 Tatverdächtige aufgrund des Scheinehe-Verdachts ermittelt

worden – im Jahr 2006 habe die Zahl noch bei 5.268 Personen gelegen. Ebenso wenig gebe es valide Aussagen, was gegen Scheinehen hilft. F



Zwei Zweifelsmomente  
Nr. 286/2011

## Situation in Bergisch Gladbach:

Das Thema Zwangsheirat ist in einzelnen weiterführenden Schulen bekannt. Informationsangebote des Frauenbüros werden angenommen. Zahlen liegen nicht vor.

Frau Fahner, 03; Frau Siebenmorgen, 5-1; Frau Weymans, 4-41; Herrn Fedder, 5-10

Vorabauszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.05.2011 - öffentlicher Teil

TOP 5.1 – Frauenpolitische Informationen  
(0192/2011)

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf die auf Seite 13 der Einladung dargestellte Situation in Bergisch Gladbach zum Thema Zwangsheirat. Er bittet darum, die Anzahl der von den Schulen, vor allem auch der berufsbildenden Schulen, im Frauenbüro angefragten Informationsangebote zu ermitteln, dies auch vor dem Hintergrund der hohen Brisanz für die Betroffenen. Auch bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob das Thema im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat behandelt werde. Außerdem fragt er an, ob es einfaches Informationsmaterial zur Prävention gebe, das an den Schulen ausgehängt bzw. ausgelegt oder an die Beratungslehrer ausgehändigt werden könne. Frau Schneider weist darauf hin, nach ihrer Kenntnis handele es sich bei dem Informationsangebot des Frauenbüros um eine Broschüre zur Prävention. Im Übrigen sei es sicher richtig, den Integrationsrat wie auch den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und den Jugendhilfeausschuss unter Zuhilfenahme der Fallzahlen mit dem Thema Zwangsheirat zu befassen.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Fragen schriftlich zum Protokoll zu beantworten.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt seine Anfrage dahingehend, bei der Zahlenermittlung auch die Frauenberatungsstelle und den Fachdienst für Integration und Migration in Bergisch Gladbach zu befragen, weil diese Stellen unter [www.zwangsheirat-nrw.de](http://www.zwangsheirat-nrw.de) als Beratungsstellen ausdrücklich genannt seien.

Bergisch Gladbach, 17.05.2011

Für die Richtigkeit

gez.: Gitta Schablack

## Daten, Zahlen, Fakten zum Thema Zwangsheirat

Anfragen im Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 5. Mai 2011 · öffentlicher Teil – Tagesordnungspunkt 5.1. – Frauenpolitische Informationen

Bei der Zwangsheirat lassen sich verschiedene Motive und damit verschiedene Gruppen von Betroffenen unterscheiden:

- „Heiratsverschleppung meint“, dass z.B. bei einer Ferienreise in das Herkunftsland die Verheiratung dort gegen den Willen der Frau stattfindet und dort der zukünftige Lebensmittelpunkt geplant ist.
- „Heiratsimport“ meint die Verheiratung im Herkunftsland mit anschließender Einreise nach Deutschland.
- „Verheiratung mit Einreiseticket“ meint die Zwangsheirat mit dem Ziel, ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu bekommen.
- Außerdem sind auch Zwangsverheiratungen von in Deutschland lebenden Ehepartnern, zumeist innerhalb derselben geprägten Gemeinschaft („Community“) festzustellen.
- Es wird auch von Fällen berichtet, in denen eine Zwangsverheiratung eingesetzt wurde, um die Homosexualität der Betroffenen zu negieren bzw. zu „kurieren“. (vgl.: Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend, „Zwangsverheiratung bekämpfen – Betroffene wirksam schützen“, Mai 2009)

Repräsentative Zahlen gibt es kaum.

Experten sind sich einig, dass Zwangsheiraten in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern der EU sehr viel häufiger vorkommen als bisher angenommen. Allerdings liegen derzeit keine repräsentativen Zahlen zur Häufigkeit von Zwangsverheiratungen vor. Zu vermuten ist jedoch, dass die Dunkelziffer hoch ist. Im Rahmen einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus dem Jahre 2004 machten 150 Frauen türkischer Herkunft Angaben zum Thema Zwangsheirat:

- Bei der Hälfte der befragten Frauen suchte die Familie den zukünftigen Partner aus.
- Ein Viertel dieser Frauen wurde nicht nach ihrer Meinung zum zukünftigen Partner gefragt.
- 17 Prozent der Frauen gaben an, die Ehe als erzwungen empfunden zu haben.

### Zwangsverheiratungen nach Erreichen der Volljährigkeit

„Viele junge Mädchen und Frauen suchen erst nach Erreichen der Volljährigkeit Schutz vor Zwangsverheiratung. Fast die Hälfte der Fälle, mit denen Papatya (eine Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen in Berlin) 2006 befasst war, waren 18- oder 19-Jährige. Dies gilt auch für 2007. Beim niedersächsischen Krisentelefon gegen Zwangsheirat/kargah e. V., waren 53 % aller Betroffenen junge Volljährige zwischen 18 und 21 Jahren und 17 % älter als 21 Jahre.

Im Mädchenhaus Bielefeld, das auf das Thema Zwangsheirat spezialisiert ist und neben einer NRW-weiten Onlineberatung auch langfristige Wohnmöglichkeiten anbietet, gab es in den letzten drei Jahren 518 Beratungsfälle.

52,5 % der Personen, die sich in der Zeit vom 15. Juni 2007 bis 14. Juni 2008 Hilfe suchend an das Mädchenhaus Bielefeld wandten, waren älter als 18 Jahre, 24,5 % verzichteten auf eine Altersangabe. (vgl.: Zwangsverheiratung bekämpfen – Betroffene wirksam schützen, Mai 2009).

Die Zahlen dokumentieren, dass nicht nur Mädchen in den Schulen betroffen sind, sondern in noch größerem Umfang junge Frauen.

#### Erfahrungen von Unterstützungsrichtungen in Bergisch Gladbach

In Bergisch Gladbach ist die Beratungsstelle von Frauen helfen Frauen (inklusive der neuen Mädchenberatungsstelle), das Frauenhaus und der Fachdienst für Integration und Migration unter anderem auch Anlaufstelle für Frauen und Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht sind oder bereits zwangsverheiratet sind.

In der Frauenberatungsstelle wurden zum Thema Zwangsverheiratung 2010/2011 fünf Frauen beraten, in der neuen Mädchenberatungsstelle bisher zwei Mädchen.

Im Frauenhaus wurden 2010 sechs Frauen aufgenommen, die aus einer Zwangsheirat flohen.

Auch der Fachdienst für Integration und Migration berichtet über Beratungsfälle (dies sind in der Regel Frauen ab 27 Jahren). Von Zwangsheirat betroffene Frauen wurden ins Frauenhaus vermittelt. Viel größer ist hier der Beratungsbedarf für die Gruppe der Frauen, die bereits zwangsverheiratet sind.

In der Jugendberatung der AWO hat es in den vergangenen Jahren verschiedene Beratungsfälle zum Thema Zwangsheirat gegeben, allerdings nicht im vergangenen Jahr.

Eine Schulsozialarbeiterin berichtete, dass Mädchen mit Migrationshintergrund insbesondere vor den Sommerferien Ängste äußern. Sie befürchten, nach den Sommerferien nicht mehr zurück zu kommen. Auch bei Beratungen zum Thema Berufswahl wird geäußert „ich muss ja sowieso heiraten“. Statistiken liegen auch in diesem Fall nicht vor. Die Schulsozialarbeiterin geht von einer hohen Dunkelziffer aus.

#### Polizeiliche Kriminalstatistik

Die polizeiliche Kriminalstatistik ist derzeit so strukturiert, dass im Schlüssel „Nötigung“ Zwangsheirat als eine Unterform erfasst wird.

Allerdings wurde weder im RBK noch im Land diese Schlüsselzahl bedient. Nach Aussage der Kriminalpolizei ist es allerdings falsch daraus zu schließen, dass Zwangsheirat kein Thema sei, denn polizeiliche Einsätze laufen auch unter anderen Begrifflichkeiten an. So kann z.B. eine Vermisstenanzeige erstattet oder eine Kindesentziehung angezeigt werden, bei denen eine Zwangsheirat die Ursache ist.

## Präventionsangebote zum Thema „Zwangsheirat“ in Bergisch Gladbach

- 2006 wurde im Rahmen des Internationalen Frauentages die Autorin Fatma Sonja Bläser eingeladen, die, selbst früher von Zwangsheirat bedroht, aus ihrem Leben berichtete. Ca. 80 -90 Interessierte nahmen teil und beteiligten sich engagiert an der anschließenden Diskussion. Speziell für Schülerinnen/Schüler wurde die Information 2009 Schulen angeboten.
- 2006, 2007 und 2008 finanzierte und organisierte der „Runde Tisch keine Gewalt an Frauen“ im Bergischen Löwen das Theaterstück „Wegen der Ehre“ mit anschließender Diskussion. Die Teilnahme wurde allen weiterführenden Schulen (auch Berufskolleg) im Rheinisch-Bergischen Kreis angeboten. Alle 4 Vorstellungen waren gut besucht mit jeweils mehreren Schulen.
- 2009 wurde, ebenfalls im Rahmen des Frauentages, der Film „Iss Zucker und sprich süß“ gezeigt, der die Problematik der Zwangsheirat, der so genannten Familienehre und ihre Opfer in den Mittelpunkt stellt. Am Beispiel vier verschiedener Frauenschicksale wurde das Thema aufgegriffen: Einer 15-jährigen, die vor ihrer Familie floh, einer türkischen „Importbraut“, einer Mutter, die ihre Tochter Zwangsverheiratet hat, obwohl sie selbst unter der Zwangsverheiratung litt und einer Frau, die in Deutschland zwangsverheiratet werden sollte. Die Veranstaltung wurde mit ca. 50 Interessierten besucht und richtete sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Auch Mitglieder der Ratsfraktionen nahmen das Angebot wahr.
- 2009 bot der „Runde Tisch keine häusliche Gewalt“ drei Schulen (davon zwei in Bergisch Gladbach) den Film „Iss Zucker und sprich süß“ und eine anschließende Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit Fatma Sonja Bläser an. Sie engagierte sich für Frauen und Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht sind. Pro Veranstaltung konnten mehrere Klassen teilnehmen.
- im Mai 2010 wurden alle Schulen in Bergisch Gladbach angeschrieben, und Informationen zum Umgang mit Zwangsheirat zur Verfügung gestellt. Angeboten wurde:
  - ein Leitfaden für Schulen zum Umgang mit Zwangsverheiratung, der sowohl die Handlungsmöglichkeiten der Schule im Vorfeld als auch Handlungsmöglichkeiten für die Krisensituation beschreibt.
  - Ein „Brief“ in sechs Ausfertigungen - in Deutsch und in den Fremdsprachen Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Albanisch und Englisch – in dem sich das Mädchen Aysun an ihre Eltern wendet und versucht zu erklären, warum sie damals, als sie verheiratet werden sollte, von Zuhause fortgelaufen ist. Nachdem sie ihren eigenen Weg gefunden hat, wünscht sie sich nun wieder Kontakt mit ihrer Familie.

Das Informationsangebot wurde von einer Hauptschule, einem Gymnasium und einer berufsbildenden Schule angenommen.